Antrag auf Änderung des LAG-Statuts § 3, Abs.2

LDK in Weingarten am 14.-15.10.2023

Antragsteller*in:	Uwe Petersen (KV Bodenseekreis)
Status:	Unterstützer*innen sammeln

Bisher geltende Fassung:

2. Jedes an einer Sitzung teilnehmende Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg ist stimmberechtigt. Das Frauenstatut des Landesverbands regelt davon abweichend die Stimmberechtigung in der LAG FrauenPolitik. Nichtmitglieder können beratend mitwirken.

Neufassung:

2. Jedes an einer Sitzung teilnehmende Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg ist stimmberechtigt. Das Frauenstatut des Landesverbands regelt davon abweichend die Stimmberechtigung in der LAG FrauenPolitik. **In der LAG Grüne Alte gelten Altersgrenzen von min. 50 Jahren (stimmberechtigt) bzw. min. 60 Jahren (passives Wahlrecht), jeweils ab dem vollendeten Lebensjahr.** Nichtmitglieder können beratend mitwirken.

Begründung

Die LAG Grüne Alte hat im Gegensatz zu den meisten anderen LAGen keine thematische Abgrenzung, sondern eine altersmäßige. Sie ist eine Gruppe von und für Menschen einer bestimmten Altersschicht. Die Grenzen dafür wurden schon vor Jahren auf das vollendete 50. Jahr (stimmberechtigt) und 60. Jahr (zur Bekleidung von Ämtern berechtigt) festgelegt und sind der alltägliche Usus. Der Form halber und um allfälligen Konflikten aus dem Weg zu gehen, sollte diese Regelung auch im Statut festgeschrieben werden.

Unterstützer*innen

Carin Walther (KV Bodenseekreis)

BESCHLUSS (VORLÄUFIG)

Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Weingarten am 14.-15.10.2023

Gremium:	43. Landesdelegiertenkonferenz in Weingarten
Beschlussdatum:	15.10.2023
Tagesordnungspunkt:	V Sonstige Anträge und Resolutionen

Die Landesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, die politische Kinder- und Jugendbeteiligung auf allen Ebene zu unterstützen und zu stärken.

Demokratie lebt vom Einsatz aller Bürger*innen. Dafür ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche von Anfang an mit demokratischen Beteiligungs- und Mitmachmöglichkeiten in Berührung kommen. Sie müssen lernen, ihre eigenen Interessen zu formulieren und diese aktiv in den politischen Entscheidungsprozess einbringen zu können. Eine starke Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen sowie eine wirksame Politik der Beteiligung und Einbindung tragen dazu bei, dass junge Menschen demokratische Entscheidungen hautnah miterleben und Entscheidungen, die sich auf ihre Zukunft direkt auswirken, selbst mit beeinflussen können. Dadurch werden das Bewusstsein und die Akzeptanz für unsere Demokratie bereits „von klein auf“ gestärkt. Gleichzeitig wird mithilfe von politischer Kinder- und Jugendbeteiligung die Kompetenz der Selbstwirksamkeit vermittelt, wodurch die Resilienz der jungen Menschen im Umgang mit den vorherrschenden Krisen eindeutig gestärkt wird.

In Baden-Württemberg haben wir mit den Reformen des Landtagswahl- und Kommunalwahlrechts bereits erreicht, dass junge Menschen ab 16 Jahren wählen dürfen und darüber hinaus selbst für kommunale Mandate kandidieren können. Zudem stärkt das Land Teilhabe und Beteiligung von Jugendlichen beispielsweise durch die Förderung der Jugendstiftung oder des Landesjugendrings. Weiter investiert das Land in Projekte zur Demokratiebildung, sei es über die Landeszentrale für politische Bildung oder die einzelnen Fachstellen des Demokratiezentrums Baden-Württemberg. Im Vorfeld der Europawahl 2024 wird außerdem erstmals die Juniorwahl an den baden-württembergischen Schulen durchgeführt. Auch können bereits viele Kommunen gute Beispiele zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorweisen. So gewann beispielsweise die Stadt Freiburg jüngst den Deutschen Kinder- und Jugendpreis 2023 für ihr Projekt „Freiburg zockt!“, bei dem Jugendliche sich auf Augenhöhe mit dem Oberbürgermeister zu Themen wie Klimaschutz über Schule bis hin zu ÖPNV und Wohnen austauschen können. Das Format ist besonders niederschwellig und spricht Jugendliche, auch beteiligungsferne, direkt in ihrer Lebenswelt an. Der Dialog bietet einen Zugang zur Stadtverwaltung und baut Brücken zwischen Jugend und Politik. Trotz solcher Positivbeispiele im Land fehlt in manchen Städten und Gemeinden eine entsprechende Infrastruktur zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aber leider immer noch fast gänzlich.

Für die Zukunft sind daher weitere Schritte notwendig. Das bereits in der Gemeindeordnung aufgenommene Recht von Kindern und Jugendlichen, bei allen politischen Entscheidungen, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligt zu werden, sollte durch klare Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards

geregelt und strukturell auf den kommunal- und landespolitischen Ebenen verankert werden. Demokratie ist die einzige Herrschaftsform, die auf Grundlage der Teilhabe aller an der politischen Willensbildung Beteiligten basiert und deshalb von jeder und jedem erlernt werden muss. Daher ist es außerordentlich wichtig, Demokratiebildung sowie das Einüben und Erleben von Beteiligung und bürgerschaftlichem Engagement in Kitas, Schulen, Ausbildungsstätten aber auch in der freien Jugendarbeit zu fördern und weiter auszubauen.

Mit einem Einbezug von Kindern und Jugendlichen bei allen politischen Themen können unterschiedliche Beteiligungsformate ausprobiert und getestet sowie anschließend auch etabliert werden. Kinder und Jugendliche sind Bürger*innen der Stadt oder Gemeinde, in der sie leben, und dadurch auch von allen Entscheidungen der Kommune direkt betroffen. Die Auswahl der Themen, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt werden sollen und somit der Grad der eigenen Betroffenheit, soll dabei bei den Kindern und Jugendlichen selbst liegen und nicht von den Einschätzungen und Meinungen von erwachsenen Politiker*innen oder der Verwaltung abhängen. Darüber hinaus ist es von Bedeutung, dass bei der Stärkung von politischer Kinder- und Jugendbeteiligung alle zeitliche Phasen eines Entscheidungsverfahrens – in der Verwaltung, in politischen Gremien oder auch im außerpolitischen Bereich – betrachtet und in gleicher Weise mit einbezogen werden. Für eine Umsetzung und Ausgestaltung politischer Kinder- und Jugendbeteiligung können bereits vorhandene Best Practice-Beispiele als Vorlagen genutzt werden, da diese auch die besondere Lebenswirklichkeit und die Diversität von jungen Menschen berücksichtigen, sodass die Beteiligung auch mit deren Alltag vereinbar ist. Die konkrete Stärkung von politischer Kinder- und Jugendbeteiligung kann beispielsweise durch die Verstetigung und konsequente Anwendung von §41a der baden-württembergischen GemO erfolgen.

Durch das Schaffen von Resilienz und die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse, welche die Zukunft - die Zukunft der Kinder und Jugendlichen – betreffen, wird eine wesentliche Voraussetzung für mehr Generationengerechtigkeit geschaffen. Die konkreten Forderungen aus der Kinder- und Jugendbeteiligung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg zur Etablierung eines Gremiums der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie die bisherigen Handlungsempfehlungen von Sachverständigen aus den Anhörungen verdeutlichen eindeutig, dass die politische Beteiligung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, ausgebaut und weiterentwickelt werden muss. Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission werden die Forderungen nach einer stärkeren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen daher sicherlich aufgreifen. Bei der konkreten Umsetzung von bereits vorhandenen Beteiligungsvorgaben – wie beispielsweise dem §41a GemO BaWü - bestehen weiterhin Hindernisse und mangelnde Anwendung in den Kommunen. Eine fehlende Verbindlichkeit bzw. die Freiwilligkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie die Verantwortung der Rückmeldung an die Beteiligten sollten aufgrund des sinnvollen Beitrags zur Resilienz und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes umgesetzt werden. Eine Stärkung der politischen Kinder- und Jugendbeteiligung soll diese Hindernisse aufgreifen und beseitigen. Hierbei sind

die Kinder und Jugendlichen auf den Willen und die Unterstützung von politischen Entscheidungsträger*innen angewiesen.

Die konkrete Umsetzung des verbrieften Rechts von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen auf der kommunalen Ebene muss daher ab sofort die Regel in Baden-Württemberg werden und darf hingegen nicht mehr länger die Ausnahme bleiben. Deshalb ist eine angemessene politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen für die Resilienz der Gesellschaft, ihren Zusammenhalt und für eine demokratische Repräsentation aller Gesellschaftsschichten unbedingt zu ermöglichen und zu unterstützen.

BESCHLUSS (VORLÄUFIG)

Eltern in die Politik! Unsere Ziele als moderne Familienpartei

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Weingarten am 14.-15.10.2023

Gremium:	43. Landesdelegiertenkonferenz in Weingarten
Beschlussdatum:	15.10.2023
Tagesordnungspunkt:	V Sonstige Anträge und Resolutionen

Politik wird von Menschen mittleren Alters gemacht. Zum Großteil männlich, zum Großteil akademisch. Für uns ist klar: Politische Entscheidungsgremien zeichnen sich zurzeit in ihrer Besetzung durch einen Mangel an Vielfalt aus. Das bedeutet, dass Politik weit weg ist von der Lebensrealität kleiner Kinder, deren sorgeberechtigten Personen sowie älteren Menschen.

Bündnis90/Die Grünen ist eine Familienpartei! Wir wollen die Erfahrungen und Perspektiven von Menschen, die Verantwortung füreinander und für andere übernehmen sichtbar machen und ihnen Gehör schenken. Wir stehen für eine moderne Familienpolitik, welche die unterschiedlichen Lebenslagen und Anliegen von familiären Verantwortungsgemeinschaften ernst nimmt und in ihrer Politik berücksichtigt und mitdenkt.

Eltern und Personen, die Care Arbeit übernehmen, haben wenig Zeit. Denn zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit kümmern sie sich um andere Menschen wie beispielsweise Kinder oder pflegebedürftige Personen und organisieren den Haushalt. Die wenige Zeit, die übrig bleibt, darf nicht verschwendet sein. Damit Eltern die Möglichkeit wahrnehmen, sich ehrenamtlich zu engagieren, muss das Ehrenamt transparent zugänglich, die Ergebnisse messbar und der Zeitaufwand kalkulierbar sein. Der Wunsch nach politischer Veränderung trifft oftmals auf starre kommunalpolitische Strukturen. Personen mit täglicher Verantwortung und Sorge für andere Menschen haben mit knapperen Zeitressourcen so de facto keine Chance auf Mitgestaltung. Das wollen wir ändern!

Sitzungszeiten, die beginnen, wenn die Kinderbetreuung schließt; Sitzungen, die bis spät abends gehen und eine ineffektive Diskussionskultur sind Realität in vielen kommunalen Räten in Baden-Württemberg. Eltern von betreuungspflichtigen Kindern sind in den Gemeinderäten in Baden-Württemberg unterrepräsentier. Ihre Erfahrungen und Perspektiven sind für politische Entscheidungen aber wichtig und relevant – denn Menschen, die sich tagtäglich mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Rollator bewegen, sind schnell mit den Missständen im Bereich **Barrierefreiheit** konfrontiert. Der tägliche Weg zum Bus, zur Schule, ins Schwimmbad oder ins Pflegeheim kann mitunter beschwerlich sein, denn die Sicherheit im Verkehr, wenn man zu Fuß, mit Kinderwagen etc. unterwegs ist, ist nicht immer gewährleistet. Der Öffentliche Nahverkehr fährt besonders im ländlichen Raum nicht dann, wenn es Familien brauchen und die Haltestellen sind weit weg vom örtlichen Geschehen. Ebenso müssen Kommunen beim Radverkehr besser werden, damit Fahrradwege für Kinder sicherer werden. Aber auch ausreichende Beschattung, Sitzmöglichkeiten, und Begrünung sowie im Winter gestreute, eisfreie Wege sind wichtig für Menschen, deren Aktionsradius in der Regel um ihren Wohnort herum liegt. Die (mangelnde) **Klimaresilienz der Kommunen** hat unmittelbare und gesundheitliche

Auswirkungen – gerade bei Schwangeren, kleinen Kindern und älteren Menschen ist das besonders deutlich zu sehen. Im Bildungsbereich wollen wir mit der Perspektive von Familien einen Schritt nach vorne gehen: Kommunen haben als Schulträger unmittelbaren Einfluss auf die Ausstattung in den Schulen. Sie entscheiden über neue Schulhöfe, die gebaut werden, das Schul- und Kitaessen und Familienzentren. Sehr viele Entscheidungen, die in der Kommune gefällt werden, betreffen Eltern und ihre Kinder unmittelbar und jeden Tag!

Auch den **Fachkräftemangel** bekommen Eltern ungeschönt zu spüren. Schon während der Schwangerschaft beginnt das Kämpfen: zu wenig Gynäkolog*innen und Hebammen, damit Schwangere gut versorgt sind, zu wenige Kreissäle im Umkreis, teilweise mit einer Fahrtstrecke von 40 km zur Entbindung, zu wenige Kinderärzt*innen, zu wenige Kitas und sonstige Betreuungsplätze und schließlich der Lehrer*innenmangel an Schulen. An allen Ecken und Enden werden Eltern mit diesem Fachkräftemangel konfrontiert.

Diese Erfahrungen sind wertvoll und wichtig für politische Entscheidungen, die Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Deshalb müssen sie Gehör finden. Politik kann nur für alle Menschen da sein, wenn die Perspektiven und Lebenslagen aller Menschen gehört und erkannt werden. Dabei sind Eltern häufig im vorpolitischen Raum aktiv – sie organisieren Elternabende oder sind Elternbeiratsvorsitzende. Sie sammeln Unterschriften für Tempo 30 vor dem Kindergarten oder setzen sich für besseres Essen in der Schulkantine ein, mehrheitlich sind das in diesen Fällen Mütter. Wie also können die wichtigen Erfahrungen und Perspektiven von Eltern in die Politik einfließen? Indem wir mehr Eltern für politische Ämter gewinnen!

Eltern – in die Kommunalpolitik!

Ein wichtiger Baustein, um Eltern die Teilnahme an Kommunalpolitik zu ermöglichen, ist die Betreuung ihrer Kinder in Kindertagesstätten oder durch die Kindertagespflege. Zwischen 2010 und 2020 führte der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Baden-Württemberg zu einem Anstieg der betreuten Kinder um 18%. Daneben wuchs das pädagogische Personal zwischen 2011 und 2020 um 72%, dies ist ein Erfolg der Grün geführten Landesregierung! Dennoch sind weitere Anstrengungen beim Ausbau der Betreuungsplätze sowie der Gewinnung und Haltung von Fachpersonal notwendig, um die Bedarfe zu decken.

Deswegen setzen wir uns in Kommunen und im Kultusministerium im Land mit Hochdruck dafür ein, dass mehr ausgebildetes Fachpersonal gewonnen werden kann.

Und gleichzeitig bekommen Familien keinen Betreuungsplatz, schließen Kitas früher oder auch mal einen ganzen Tag. Das System ist auf Kante genäht und für Familien, die darauf angewiesen sind, ist es nicht verlässlich. Das birgt nicht nur die Gefahr, dass Eltern ihrer Erwerbsarbeit vermindert oder gar nicht mehr nachkommen können, sondern stellt auch ein demokratisches Problem dar. Ohne Kinderbetreuung ist für viele ein kommunalpolitisches Engagement ein zeitlicher Luxus, den sie sich nicht leisten können. Denn das kommunalpolitische Engagement konkurriert mit Erwerbsarbeit, Care Arbeit, Familie, Freunden und Hobbies. Die Folgen sind fatal, denn dadurch sind Eltern in kommunalpolitischen Gremien

unterrepräsentiert. Dies gilt insbesondere für alleinerziehende Eltern. Weitere Anstrengungen, Kommunalpolitik für Eltern attraktiv zu machen, sind daher unerlässlich. Es braucht aber grundlegender noch einen gesellschaftlichen Wandel, der Eltern in ihrer Vielfalt anerkennt und ihre Herausforderungen ernst nimmt. Ihre Belange sind keine Privatangelegenheit, sondern hängen grundlegend mit der Frage nach demokratischer und gesellschaftlicher Teilhabe zusammen. Bündnis 90/Die Grünen ist die Partei, die diese Zusammenhänge sieht und einen Wandel zum Ziel hat.

Das familienfreundliche Rathaus: Elternschaft ganzheitlich kommunalpolitisch gedacht

Auf jeder politischen Ebene finden wir Defizite bezüglich der Vielfalt in politischen Entscheidungsgremien. Dies gilt auch für die Kommunalpolitik – sei es bei ehrenamtlichen Mandatsträger*innen oder bei Bürgermeister*innen. Eine der bislang unterrepräsentierten Gruppen sind Eltern jüngerer Kinder, insbesondere Mütter.

Der mangelnden Repräsentanz steht eine besondere Betroffenheit entgegen. Kommunalpolitische Reglungen haben oftmals sehr tiefgreifende Auswirkungen auf Familien mit Kindern – vom Kita-Angebot und Gebühren, über Schulgebäude bis hin zu Spielplätzen oder Angeboten und Kosten der Musikschule. Der Blickwinkel von Eltern ist wertvoll! Deswegen setzen wir Grüne uns dafür ein, dass Familien mit Kindern auch auf kommunaler Ebene eine starke Stimme erhalten.

Dabei ist es uns wichtig, Elternschaft in der Kommunalpolitik ganzheitlich zu denken:

- Repräsentanz von Eltern in kommunalen Gremien
- Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb kommunaler Gremien
- Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber

Repräsentanz in kommunalen Gremien

Wir Grüne wollen die Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Ehrenamt und die Vereinbarkeit von Mandat sowie familiären und beruflichen Verpflichtungen verbessern.

Im Antrag für ein attraktives kommunalpolitisches Ehrenamt unserer kommunalpolitischen Vereinigung GAR (Grüne und Alternative in den Räten) finden sich zahlreiche Vorschläge für strukturelle Erleichterungen:

- Förderung hybrider Sitzungen
- Vorschläge zur Effizienzsteigerung von Sitzungen wie Begrenzung der Sitzungs- und Redezeit
- Sonderpauschalen für Care-Arbeit zusätzlich zu den regulären Sitzungsgeldern (Änderung der Entschädigungssatzungen in den Kommunen)

Insbesondere Alleinerziehende finden sich besonders selten in kommunalpolitischen Gremien. Wir wollen ein landesweites Netzwerk für

alleinerziehende Mandatsträger*innen aufbauen und in regelmäßig stattfindenden Treffen deren Bedarfe und Verbesserungsvorschläge abfragen. Als Elternnetzwerk und GAR innerhalb der Grünen Baden-Württemberg wollen wir empowern und ermutigen, weiterzumachen, auch wenn es anstrengend ist und das politische Netzwerk nutzen, um die Lösungen vor Ort dann wieder umzusetzen.

Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb kommunaler Gremien

Auch außerhalb des Gemeinderats ist es uns wichtig, die Beteiligung von Familien mit Kindern auf kommunaler Ebene zu verbessern.

Wir wollen die Beteiligung für Eltern und Kinder in den Fokus zu nehmen. Zu diesem Zwecke werden wir die Bürgerbeteiligungsbeauftragten der Kommunen aus ganz Baden-Württemberg zum Austausch einladen, um gemeinsam Konzepte und Ideen zu erarbeiten. Vor Ort machen sich unsere Kommunalpolitiker*innen dafür stark, Einwohner*innen-Versammlungen zu Themen durchzuführen, die speziell Eltern ansprechen. Beispielsweise die Vorstellung der Kindergartenbedarfsplanung, Schulrenovierungen oder Kita-Öffnungszeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Einwohner*innen-Versammlungen zu Uhrzeiten und an Tagen stattfinden, die elternfreundlich sind. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass es parallel zu diesen Einwohner*innen-Versammlungen ein Betreuungsangebot für Kinder gibt.

Gesamtelternvertretungen wollen wir im Gemeinderat eine stärkere Stimme geben und setzen uns vor Ort dafür ein, dass Sie in betreffenden Ausschüssen nicht nur Frage-, sondern ein Rederecht erhalten.

Kindern eine Stimme geben – Beteiligungsprozesse für Kinder & Jugendliche

Uns ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche von klein auf lernen, dass ihre Stimme zählt und Demokratie nur gemeinsam funktioniert! Wir wollen neue Konzepte ermöglichen, wie beispielsweise spielerische Beteiligung von Kindern durch kontinuierlich stattfindende Beteiligungsformate. Hier gibt es viele Formen von Beteiligung: punktuelle, längerfristige und institutionell verfasste wie z.B. die Jugendgemeinderäte. Wir wollen aber auch neue Formate entwickeln, wie beispielsweise bei der Planung von Spielplätzen oder in der Schule durch jährlich stattfindende „8er Räte“ als barrierefreies Beteiligungsmodell für Jugendliche. Wir plädieren dafür, dass Kommunen dem Artikel 41a aus der Gemeindeordnung nachkommen: *(1) "Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln[…]*" Wir wollen, dass Kommunen zu einem demokratischen Lernort für Kinder und Jugendliche werden. Beteiligt man Kinder und Jugendliche, erreicht man so auch ihre Eltern und kann sie einbinden.

Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber

Der zunehmende Fachkräftemangel ist auch für unsere Kommunalverwaltungen eine große Herausforderung. Wir Grüne setzen uns grundsätzlich für familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein – auch in unseren Kommunalverwaltungen.

Für besonders vorbildliche Kommunen möchten wir zukünftig einen landesweiten „Vereinbarkeitspreis“ ausloben. Dieser soll Kommunalverwaltungen motivieren und ein Aufhänger für eine landesweite „Best-Practice“ Sammlung sein. Hierzu gehören beispielsweise die Schaffung von Familienbüros, der Ausbau von Homeoffice Angeboten, flexible Arbeitszeiten. Vor Ort wollen wir gemeinsam mit unseren Verwaltungen in einen engen Dialog treten, wie diese Rahmenbedingungen weiter verbessert werden können.

Wofür wir uns bundespolitisch einsetzen!

Auch unser Steuer- und Finanzsystem fußt auf Strukturen, die nicht für die moderne Familie gemacht sind! Denn das Ehegattensplitting bevorzugt Familienkonstellationen, in denen es eine*n Hauptverdiener*in und einen Nebenverdiener*in gibt. Dieses Steuermodell schadet vor allem Frauen, denn sie sind meistens diejenigen, die vor der Familiengründung schon weniger verdient haben und danach kürzertreten. Das ist nicht vereinbar mit unseren feministischen Erfolgen und Werten. Wir Grüne aus Baden-Württemberg stehen hinter der bundesweiten Forderung, dass das Ehegattensplitting durch individuelle Besteuerung ersetzt werden soll und vor allem Familien mit Kindern steuerlich entlastet werden. So profitieren endlich **Familien** von staatlicher Unterstützung, denn Familie ist mehr als nur ein verheiratetes Elternpaar mit Kindern. Immer häufiger sind Eltern nicht miteinander verheiratet, Familien leben in Patchwork-Konstellationen oder in Konstellationen, in denen mehr als zwei Menschen Verantwortung für die Familie übernehmen. Diese modernen Familien Formen müssen im Steuerrecht berücksichtigt werden.

Des Weiteren setzen wir uns als Grüne Baden-Württemberg für eine echte Anrechnung von Care-Arbeit für die Rente ein. Denn Frauen, die im Schnitt zwei Stunden pro Tag mehr Care-Arbeit leisten, spüren das häufig am Ende bei der Rente besonders und haben ein höheres Risiko (besonders durch Scheidungen) in Altersarmut zu rutschen! Auch darf (kommunalpolitisches) Engagement nicht dazu führen, dass dies zu Lasten der Erwerbsarbeit geht und somit ein weiteres Risiko für Altersarmut geschaffen wird. Diese finanzielle Abhängigkeit von Ehemännern und Partnern wollen wir beenden und setzen uns deswegen dafür ein, dass ein kommunalpolitisches Amt ebenfalls in den Rentenpunkten bedacht wird.

Mit den oben aufgeführten Punkten soll ein erster Schritt in eine vielfältige kommunalpolitische Welt gelingen, in der sich die Gesamtheit der Gesellschaft gleichermaßen widerspiegelt und möglichst alle Gruppen eine gleichstarke Stimme haben. Wir setzen uns als Elternnetzwerk der Grünen Baden-Württemberg dafür ein, dass Politik nach der Kommunalwahl 2024 im ganzen Land von, mit und für Eltern und Familien gemacht wird, denn es ist an der Zeit, dass ihre Perspektiven und Lösungsvorschläge endlich einbezogen werden!

V6

Stärkung der Seniorenräte

LDK in Weingarten am 14.-15.10.2023

Gremium:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	14.09.2023
Tagesordnungspunkt:	V Sonstige Anträge und Resolutionen

Wir fordern den Landtag auf, die Gemeindeordnung um einen Paragraphen zur Etablierung von Seniorenräten zu erweitern. Muster kann und soll dabei der aktuelle §41a der Gemeindeordnung sein, der ähnliches für Kinder und Jugendliche regelt.

Begründung

Seniorenräte sollen Aufgaben in der Beratung übernehmen und unterstützen den Gemeinderat bei der Entwicklung einer Gesamtstrategie für ältere Bürger*innen. Seniorenräte sind die Vertreter*innen der Belange älterer Menschen.

Viele Senior*innen sind bereit, ihre Kompetenzen und Erfahrungen für das Gemeinwohl einzusetzen und wollen aktiv an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik mitwirken. Sie sollten mit ihren Belangen gehört werden.

Ein generationenübergreifendes Miteinander bewirkt, dass Kommunalpolitik für die älteren Bürger*innen nicht ohne sie gemacht wird, sondern mit ihnen.

Zu den Themen, mit denen sich Seniorenräte auseinandersetzen, gehören alters- und behindertenfreundliche, barrierefreie Innenstädte, niedrigschwellige Begegnungsstätten, ein funktionierender Öffentlicher Nahverkehr, sowie Beratungsleistungen für z.B. Vorsorgeverfügungen, aber auch die Organisation von Veranstaltungen und ehrenamtliches Engagement.

Dabei ist die Beteiligung der Senior*innen für alle sie betreffende Belange sicher zu stellen. Die Einrichtung von Seniorenräten ist ein hilfreiches Mittel und die von uns bevorzugte Beteiligungsmöglichkeit. Die Regelungen im §41a der baden-württembergischen Gemeindeordnung für Jugendliche sind eine gute Blaupause für die Gestaltung eines passenden Paragraphen für die Seniorenräte.

V7

Verpflichtende Hitzeschutzpläne landesweit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Weingarten am 14.-15.10.2023

Gremium:	LAG Grüne Alte
Beschlussdatum:	14.09.2023
Tagesordnungspunkt:	V Sonstige Anträge und Resolutionen

Alle Kommunen bzw. Landkreise in Baden-Württemberg werden verpflichtet, im Zeitraum eines Jahres einen Hitzeschutzplan zu erstellen. Die Maßnahmen sollten mindestens die drei folgenden Bereiche umfassen: 1. Einrichtung von Informationssystemen zu gesundheitlichen Gefährdungen und Verhaltensweisen an Hitzetagen. 2. das Management von plötzlich auftretenden Extremereignissen zum akuten Schutz der Menschen an Hitzetagen, Tagen mit Starkregen oder Gewitter 3. die langfristige Anpassung städtischer sowie auch ländlicher Strukturen zur Reduktion des Wärmeinseleffekts.

Begründung

Extremwetter ist auch in Baden-Württemberg normal geworden, mit Temperaturen über 30 Grad und destruktiven Wetterumschwüngen, mit Sturm und Starkregen. Hitzewellen sind eine Gefahr für die Gesundheit, vor allem für sensible Personen (Ältere, Kinder) und auch eine Bedrohung für Pflanzen und Tiere. In Baden-Württemberg gibt es inzwischen ein Aktionsbündnis zum Schutz vor Hitze von Gesundheitsministerium, Landesärztekammer und Deutscher Wetterdienst, was zeigt wie wichtig die Zusammenarbeit von Experten auf verschiedensten Feldern ist. Wichtig wäre noch die Einbeziehung von Naturschutzverbänden. Wichtige Maßnahmen, die in Hitzeschutzplänen geregelt werden, können zum Beispiel Baumpflanzungen, Anlegen von Hecken, Begrünungsmaßnahmen, Entsiegelung, Sorge für Wasserspeicherung und Verdunstung sein.

Es gibt einzelne Kommunen wie z. B. Mannheim und Heidelberg, welche bereits Hitzeaktionspläne für ihre Stadt erstellt und teilweise auch schon umgesetzt haben. Wichtig ist uns, dass die Planungen für alle Kommunen **verpflichtend** sind und bald erfolgen!